Die Fakten haben sich durchgesetzt

03.11.13

Die Fakten haben sich durchgesetzt

© Fotolia 2016 / mhfotodesign

Die UVB fordert das Land Berlin auf, seine Bewerbung um das Stromnetz zurückzuziehen.

Dazu sagte der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB) Christian Amsinck: „Der Volksentscheid hat nicht die erforderliche Mehrheit bekommen. Die Berliner haben heute entschieden, dass sie keine Rekommunalisierung des Stromnetzes wollen.“

Die Berliner Wirtschaft und die Bürger benötigen eine sichere, leistungsfähige und bezahlbare Energieversorgung. Dazu sagte Amsinck: „Die Fakten und Argumente haben sich durchgesetzt. Aufgrund der unternehmerischen und finanziellen Risiken wollen die Berliner kein Engagement des Landes als Stromnetzbetreiber. Konsequenterweise sollte das Land Berlin seine Bewerbung um das Berliner Stromnetz jetzt zurückziehen.“

In den vergangenen Wochen und Monaten hat sich die UVB bereits kontinuierlich in die Diskussion eingebracht und maßgeblich zur Versachlichung der Debatte beigetragen. Ein Beispiel hierfür ist das Faktenbündnis Stromentscheid (www.faktenbuendnis-stromentscheid.de).

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema "Energie"

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:
+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF